

# Deutschlands Beitrag zur Überakkumulation des kapitalistischen Reichtums in der EU

(aus: Von der D-Mark zum Euro und keinesfalls wieder zurück - Deutschlands Anteil an Europas Finanzkrise und sein imperialistisches Interesse an ihrer Bewältigung, GS 1-13, S. 63-85.)

Mit der Schaffung des Euro vollbringt die EU einen Fortschritt, der ganz auf der Linie der weltpolitischen Ambitionen der mit der DDR „wiedervereinigten“ BRD liegt – und der deswegen Konsequenzen hat und Sachzwänge stiftet, die sich mit den Absichten der Beteiligten überhaupt nicht decken.

Die Absicht lautet in ihrer bescheidensten Fassung: ‚Vollendung des Binnenmarkts durch eine gemeinsame Währung‘. Die primitiveren Begründungen für diesen Schritt, mit denen vor allem die deutsche Regierung ihr Volk eindeckt, nehmen Geld als bloße Verrechnungseinheit, deren nationale Beschränktheit nur unnötige Schwierigkeiten bereitet, Kosten beim Umtausch verursacht, den Handel auf dem gemeinsamen Markt behindert und deswegen zum allseitigen Vorteil – nicht zuletzt der Touristen – aufgehoben wird. Doch schon die interessierten Berechnungen, die die verschiedenen Fraktionen des Außenhandelsgeschäfts beisteuern – Importeure und Exporteure stören sich in entgegengesetztem Sinn an Schwankungen im Wechselkurs der Währungen, mit denen doch ihr einer Gemeinsamer Markt bewirtschaftet wird! –, machen deutlich, dass ein nationales Geld nicht einfach zur Bezifferung eines feststehenden Warenwerts da ist, sondern eine eigene, ziemlich komplexe Geschäftsbedingung darstellt. Und im Grunde ist auch von Beginn an klar, dass Europas nationale Währungen alles andere als gleichwertige und insofern gleichgültige Hilfsmittel für den Warentausch sind und ihre Ersetzung durch ein Gemeinschaftsgeld alles andere ist als ein Deal unter Gleichen. Beim Vergleich nationaler Geldsorten, wie er in Wechselstuben und an internationalen Geldmärkten praktisch vollzogen wird, geht es nicht bloß um Summen, sondern – schon bei der Festsetzung der Tauschverhältnisse – um eine Qualität, unter der sich alle Beteiligten bis zum ärmsten Unionsbürger offenbar etwas Schönes vorstellen können und die namentlich den Deutschen, wie man hört, schwer am Herzen liegt: *Hart* soll ein Geld sein und der Euro auf alle Fälle *so stark wie die Mark*. So möchten es die Partner haben, deren Währungen, nach welcher Rechnung auch immer, als „schwach“ und „weich“ gelten; und das wird dem deutschen Volk zugesichert, dem eine vergleichsweise geringe Inflationsrate und ein tendenziell steigender Außenwert seiner heimischen Valuta als Errungenschaft vorstellig gemacht werden, auf die es stolz sein darf.

Aufklärung über die Natur des Geldes und den Grund seiner national unterschiedlichen Qualität ist mit der Propaganda für eine neue Sorte also nicht verbunden. Die wäre auch sicher nicht im Sinne der Erfinder. Denn erschließen lässt sich immerhin, dass sich in einer nationalen Währung irgendwie der internationale Konkurrenzenerfolg der nationalen Wirtschaft niederschlägt und dass damit irgendwie die Weichen für zukünftige Konkurrenzenerfolge gestellt sind. Und jeder nähere Blick auf dieses „irgendwie“ führt auf harte Gegensätze zwischen den Staaten und auf die Kosten, die für die Mehrheit der Landesbewohner daraus entstehen. Es ist ja tatsächlich so, dass die Nationen ihre Konkurrenz um den Reichtum der Welt, nämlich um das weltweit zu verdienende Geld, über die und mit der „Qualität“ ihres nationalen Geldes austragen; eine Konkurrenz, die die Verlierer ruiniert und die Gewinner auf Kosten ihrer eigenen menschlichen Manövriermasse

bereichert. Denn das entscheidende Mittel dieses „Wettbewerbs“ ist auf allen Seiten *rentable Arbeit*: ein Verhältnis zwischen allgemeinem Lebensstandard und Leistungsanforderungen an die Arbeitsbevölkerung, das sich gegen deren Lebensbedürfnisse richtet.

Im Einzelnen und nacheinander.

Auf die Erwirtschaftung von Gewinnen aus Lohnarbeit versteht sich die Unternehmerschaft in allen Partnerländern des europäischen Binnenmarkts. Ob das Geld, das sie damit verdienen und vermehren, „stark“ und „hart“ oder „weich“ und „schwach“ ist, ist damit aber noch lange nicht entschieden. Da kommen zwei äußerst anspruchsvolle Kriterien ins Spiel.

**(a)** Das eine ist interner Art: Was aus der geleisteten Arbeit an Geld herausgeholt wird, muss nicht bloß den Aufwand des Arbeitgebers wieder einbringen, Wachstum finanzieren und die Unternehmenseigentümer zufrieden stellen, sondern auch noch und nicht zuletzt den Teil der Geschäftswelt bedienen, der im Wesentlichen für den Vorschuss fürs nationale Geschäftsleben sorgt und damit seinerseits Geld verdient. Was das Bankgewerbe an Kredit vergibt, ist eine Vorgabe für den damit finanzierten Geschäftserfolg, die in jedem Einzelfall erfüllt werden muss und insgesamt einen Sachzwang begründet: Kredit muss durch erfolgreiche Verwendung bedient werden; nur das rechtfertigt das „Geschäftsmodell“ der Bankenwelt, die fremdes Geld als ihre Verfügungsmasse und ihre Kredite und Anleihen als ihr Kapital behandelt. Dabei zeichnet sich eine leistungsfähige „Finanzindustrie“ dadurch aus, dass das von ihr geschaffene Kreditvolumen notorisch stärker wächst als das damit angeleierte Geschäft: So treibt sie das Wachstum an und befähigt nicht bloß die kapitalistische Geschäftswelt zu immer größeren Taten; sie bedient auch den Staat, bei dem von vornherein feststeht, dass seine Schulden nicht durch die Steuern abgegolten werden, die die Höchste Gewalt ihrer nationalen Wirtschaft entzieht, sondern immer neue Kredite für die Refinanzierung der alten sorgen; wo also nicht gelungenes Geschäft, sondern die Hoheit des Staates über das Geschäftsleben seiner Gesellschaft dafür bürgt, dass durchs Verleihen aus Geld Geldkapital wird. Für das expansive Kreditgeschäft, das er so freizügig in Anspruch nimmt, leistet der Staat seinen nationalen Banken einen ganz entscheidenden Dienst: Er räumt ihnen ein Recht auf Refinanzierung eines nach qualitativen Kriterien bestimmten Teils ihrer Leihgeschäfte durch die staatliche Notenbank ein, nämlich in Form von Zugriff auf gesetzliche Zahlungsmittel; damit erkennt er die Zahlungsmittel, die die Banken mit ihrer Kreditvergabe in die Welt setzen und zirkulieren lassen, als gültige Stellvertreter des offiziellen, von der Notenbank in seinem Namen emittierten Geldes an und setzt so die Macht des Gewerbes zur Kreditschöpfung unter Bedingungen frei. So kommt es dazu, dass das Geld, das in der Nation zirkuliert, nicht einfach geschaffene Werte, sondern den Kredit repräsentiert, mit dem die Banken die Geschäftswelt und die Staatsgewalt finanzieren, also Wachstum auf Schuldenbasis freisetzen. Dass die Masse dieses Kreditgelds deswegen stärker zunimmt als das damit finanzierte Geschäftsvolumen, mindert auf Dauer zwar den Wert, den die Einheit dieses Geldes tatsächlich repräsentiert, „weicht“ also die Landeswährung „auf“. Doch solange dieser als ‚Inflation‘ bekannte Effekt den Zuwachs des mit dem ‚aufgeblasenen‘ Kreditgeld finanzierten kapitalistischen Reichtums nicht kaputtmacht, ist er im Sinne des nationalen Wirtschaftswachstums im Prinzip tragbar, nicht mehr als die Schattenseite der unentbehrlichen Produktivkraft des Kredits fürs Wachstum.

**(b)** Ob und inwieweit die Relativität eines nationalen Kreditgelds – eben die

Abhängigkeit seiner Schlagkraft als kapitalistisches Geschäftsmittel vom Verhältnis zwischen Kreditschöpfung und erfolgreicher Kreditverwendung – dessen Qualität beeinträchtigt, entscheidet sich nicht intern, sondern im Geschäftsverkehr zwischen den Nationen, nämlich mit der fortwährenden vergleichenden Bewertung der verschiedenen nationalen Kreditgelder durch das Geldhandelsgewerbe. Für die Unternehmerschaft geht es im grenzüberschreitenden Geschäft um die Ausweitung des Marktes, auf dem sie vorteilhaft ein- und verkaufen, also das Geld verdienen kann, mit dem ihr produktiver Reichtum und das Geldkapital ihrer Kreditgeber wächst; für die Nation geht es darum, per Saldo den geldförmigen Reichtum der Welt an sich zu ziehen, der die nationale Unternehmenswelt wachsen lässt und den geschöpften Kredit ökonomisch rechtfertigt. In dem Maße, in dem die Unternehmen einer Nation mit überlegener Rentabilität auswärtige Märkte erobern und die Nation am Rest der Welt verdient, begründet der Bedarf an Geld dieses Landes eine Nachfrage, die dessen Außenwert bestätigt und tendenziell zunehmen lässt; und das ist praktisch entscheidend für die Qualität einer Währung: Mit dem immer höheren Wechselkurs steigt die Macht des Kreditgelds einer Nation über Reichtum und Reichtumsquellen, über Waren und Arbeit der Welt. Den Besitzern eines solchen Geldes steht die Welt als Anlagesphäre offen und zu Gebote; das steigert das nationale Kreditvolumen ebenso wie die Masse des Geschäfts, das den kapitalistischen Erfolg dieses Kredits herbeiführt und damit das Geld, das diesen Kredit repräsentiert, „stark“ und „hart“ macht. Zugleich ist die Wirtschaft eines solchen Landes mit ihrer überlegenen Rentabilität und Geldmacht attraktiv für Geldanleger aus aller Welt; das lässt ganz unmittelbar die Nachfrage nach dem Geld dieser Nation, zudem die Masse des angelegten Kapitals, damit die Konkurrenzmacht der Ökonomie und folglich die Finanzmacht der Nation steigen. Umgekehrt umgekehrt: Dem positiven Zirkel des Erfolgs entspricht der „Teufelskreis“ der nationalen Konkurrenzschwäche. In Ländern mit „schwacher“ Währung schwindet die Zugriffsmacht des nationalen Kreditgelds immer weiter, wenn kapitalistischer Reichtum in Geldform per Saldo ins Ausland fließt; ein solches Geld ist für Geldanleger alles andere als attraktiv, die Wirtschaft, die es hervorbringt, nur sehr bedingt für Investments interessant...

Was die BRD mit ihrer „harten Mark“ in die Währungsunion mit ihren Partnern einbringt, das ist also wirklich nicht eine aus patriotischen Gründen geschätzte Verrechnungseinheit. Das ist die beträchtliche, absolut und relativ steigende Finanzmacht, die diese Nation mit ihrer mehrfachen „Exportweltmeisterschaft“ erwirtschaftet, mit Kapitalim- und -export nicht nur innerhalb der EU gesteigert und ausgebaut hat und die die D-Mark als weltweit gefragtes, für alle kapitalistischen Zwecke genutztes Geschäftsmittel repräsentiert. Daraus erklärt sich das Interesse der Partner, die eigene mehr oder weniger schwache Währung durch ein gemeinsames Geld zu ersetzen; und jenseits der eher albernen Begründungen technischer Art, die die Bundesregierung ihrem Wahlvolk anbietet, lässt sich auch der politökonomische Zweck erschließen, den die BRD mit der Schaffung des Euro ansteuert:

**(a)** Die Partnerländer leiden – teils mehr, teils weniger – unter der überlegenen Marktmacht der Konkurrenz aus Deutschland, die auf dem Gemeinsamen Markt zu notorischen „Ungleichgewichten“ führt. Die deutschen Erfolge schlagen sich in der „Stärke“ der D-Mark nieder, die dauerhaften Verluste der anderen in einer Währungs-„Schwäche“, die die relative Zugriffsmacht des dort tätigen Kapitals und die internationale Zahlungsfähigkeit der Nation überhaupt mindert. Entsprechend steigt der Bedarf der Nation, ihrer Wirtschaft wie der Staatsgewalt, an interner

Kreditschöpfung und an Leihkapital von den internationalen Finanzmärkten, was sich unmittelbar in der Weise als Nachteil geltend macht, dass privaten wie öffentlichen Kreditnehmern Zinsen berechnet werden, die eine Sicherheit gegen erwartete weitere Wertverluste des nationalen Kreditgelds bieten; so wachsen interne wie externe Ansprüche an die Wirtschaftsleistung der Nation. Für die Unternehmen des Landes ist die hohe Zinslast ein weiterer Nachteil in ihrem internationalen Konkurrenzkampf; dass manche Firma von der Chance profitiert, ihre Produkte im Vergleich zur deutschen Konkurrenz billiger anbieten zu können, weil sie ihre Preise in einer abgewerteten Währung kalkuliert, mindert allenfalls das Ausmaß der nationalen Konkurrenzschwäche. Diese Sachlage begründet das Interesse der Partnerländer Deutschlands an einem Geld, das im Vergleich mit dem stärksten Konkurrenten kein Entwertungsrisiko mehr enthält. Von der „Umstellung“ ihrer Nationalökonomie auf eine „starke“ Währung versprechen sie sich eine durchgreifende und dauerhafte Minderung der Zinslast, die direkt und auf dem Umweg über die staatliche Haushaltsrechnung an der Kapitalakkumulation im eigenen Land zehrt und die Wachstumspotenz des nationalen Kapitals mindert. Dass die „Schwäche“ der eigenen Währung das *Resultat* notorisch gewordener Misserfolge im innereuropäischen Konkurrenzkampf ist, tritt in dieser Berechnung völlig dahinter zurück, dass sie eine schlechte Konkurrenzbedingung darstellt. Wirtschaftspolitiker ebenso wie die Finanzmärkte setzen darauf, dass mit dem *Geschäftsmittel* auch das *Geschäft* in Ordnung kommt: Die Kreditgeber rechnen mit sicheren und festen Erträgen aus ihrem Leih- und Anlagengeschäft und kalkulieren dementsprechend; die Politiker erwarten geringere Kosten für ihre Schulden und die Kreditaufnahme der Nation insgesamt. Und sofern sie über diesen Effekt hinaus denken, hoffen sie darauf, dass sich so der „Teufelskreis“ aus schlechtem Konkurrenzergebnis und schlechter Konkurrenzbedingung durchbrechen lässt und ihr Land teil hat an der in einem „harten“ Geld realisierten Stärke der deutschen Wirtschaft.<sup>1</sup>

**(b)** Angesichts solcher Berechnungen wirkt das deutsche Interesse an einer gesamteuropäischen Gemeinschaftswährung wie ein großzügiges Entgegenkommen, wird von den Zuständigen auch gerne so dargestellt. Mit der politökonomischen Bedeutung des neu gegründeten Euro *so stark wie die Mark* und der darin enthaltenen weltwirtschaftspolitischen Zielsetzung der BRD hat diese Sichtweise jedoch nichts zu tun. Sie lässt nämlich den Anspruch außer Acht, der mit der Schaffung dieser neuen Währung verbunden ist: Alle Mitmacher werden auf den kapitalistischen Gebrauch eines Kreditgelds festgelegt, das *so wie die Mark* den Geschäftserfolg des von Deutschland geschaffenen und in Finanzmacht verwandelten Kredits repräsentiert; alles, was in der Euro-Zone an Geschäft zustande kommt, trägt zu dieser Finanzmacht bei, von der bislang Deutschland so

---

<sup>1</sup> Natürlich stellen Warenexporteure und Wirtschaftspolitiker immer auch die umgekehrte Rechnung an, dass eine „schwache“ Währung die Vermarktung heimischer Produkte auf dem Weltmarkt erleichtert und das Land mehr verdienen lässt. Insgesamt, auf die Nation bezogen, gibt die Logik einer solchen Kalkulation aber nicht mehr her als die Minderung eines Nachteils. Wenn Staaten tatsächlich eine Abwertung ihrer Währung aktiv betreiben, um die Absatzchancen ihrer Industrie auf dem Weltmarkt zu verbessern, dann haben sie schon mit einer ziemlich desolaten Lage zu kämpfen. Und wenn es so weit kommt, dass Weltwirtschaftsmächte ihren internationalen Preiskampf mit dem Mittel eines „Abwertungswettlaufs“ führen, dann stecken sie in einer Krise, in der es ihnen allen mehr um die Minderung per Abwälzung von Verlusten geht als um Anteile am Wachstum. Die Gründung des Euro jedenfalls war, auch von Seiten der „Schwachwährungsländer“, keine Krisenpolitik, sondern ein großes Wachstumsprogramm.

erfolgreich Gebrauch macht, und macht Europas Kreditgeld, von dem nach wie vor das meiste in der BRD verdient und akkumuliert wird, zu einer ebenbürtigen Alternative zum bislang herrschenden Weltgeld aus Amerika, dem US-Dollar. Was mit der D-Mark so verheißungsvoll begonnen hat: die Durchsetzung des deutschen Kredits als Motor für kapitalistische Geschäfte aller Art rund um den Globus, genau das geht mit der supranationalen Europa-Währung auf breiterer Basis weiter: die Indienstnahme des Weltgeschäfts für Europas und eben in erster Linie Deutschlands machtvollen kapitalistischen Zugriff auf Kapital und Reichtumsquellen der Welt. Für dieses Ziel, den Zugewinn an Masse und kapitalistischer Wucht des in Europa erzeugten Kredits, „opfert“ die BRD die nationale Uniform ihres Kreditgelds. Gestartet wird das Unternehmen, die Finanzmacht der auf dem EU-Binnenmarkt *konkurrierenden* Nationen in einem gemeinschaftlichen Geld *zusammenzulegen*.

Die Verwegenheit dieses Unterfangens bleibt den Veranstaltern auf deutscher Seite nicht verborgen. Sie treffen eine Menge Vorkehrungen dagegen, dass Verlierer der europäischen und der Weltmarkt-Konkurrenz mit ihren Bilanzdefiziten und ihrem kapitalistisch wenig erfolgreichen Kredit am Euro-System teilnehmen und dadurch das Produkt verschlechtern. Alle Vorbehalte und Konditionen gehen aber von der Grundidee aus, die kapitalistischen Erfolge *konkurrierender* Nationen müssten sich *addieren* lassen, zu einer großen Summe gemeinsam nutzbarer kapitalistischer Potenz, realisiert in einem gemeinsam benutzten Zahlungsmittel. Kriterien werden aufgestellt und im Euro-Gründungsvertrag von Maastricht beschlossen, die den Erfolg eines nationalen Kredits und die „Härte“ eines nationalen Kreditgelds messen und erfüllt sein müssen, damit ein Land den Euro „erhält“. Dass „Stärke“ und „Schwäche“ einer Währung das Ergebnis nationaler Konkurrenz sind und notorische Siege resp. Niederlagen repräsentieren, das sehen die Euro-Gründer also durchaus, aber dann doch nicht so eng. Im Endeffekt ist gerade den Verwaltern deutscher Konkurrenz der Größe des Marktes, auf dem ein und dasselbe Kreditgeld benutzt und durch die Akkumulation von Kapital „hart“ gemacht wird, wichtiger als der Umstand, dass das in manchen Nationen und gemäß deren nationaler Abrechnung nicht so gut klappt: Sie setzen auf allgemeines, europaweites Wachstum als unausbleibliche Folge eines von Währungsdifferenzen und -schwankungen befreiten Binnenmarkts. Und außerdem kommt ihnen die widersprüchliche Natur ihres Unternehmens Euro schon deswegen nicht als Einwand in den Sinn, weil sie damit nur konsequent weiterverfolgen, was sie sich mit ihrem Projekt einer Europäischen Union überhaupt vorgenommen und schon weit genug vorangetrieben haben, um diesen Fortschritt zu wagen.

Projektiert ist da nämlich von Beginn an nichts anderes, als dass Europas alte Großmächte und ihre kleineren Nachbarn ihre ökonomischen Potenzen zusammenlegen, um zum Vorteil für alle Beteiligten die Basis für neue imperialistische Größe zu schaffen und darüber nach und nach auf friedlichem Weg zu einem weltpolitischen Subjekt zu werden, das sich mit der befreundeten und notgedrungen als Führungsmacht akzeptierten Weltmacht USA messen kann. Denn darunter leiden nicht nur deutsche Weltpolitiker, sondern auch die in Frankreich und anderswo: dass sie nur noch „Mittelmächte“ unter amerikanischer Hegemonie zu regieren haben und mit aufstrebenden asiatischen Mächten um ihren Rangplatz in der Staaten-Hierarchie kämpfen müssen. Und dieses gemeinsame Leiden haben sie als Hebel dafür entdeckt, sich wechselseitig für die Gründung einer Weltmacht neuen Typs zu funktionalisieren. In diesem Sinne gehen sie nicht bloß ein Zweckbündnis unter Souveränen ein, sondern stiften Institutionen mit eigenen

regierungsähnlichen Kompetenzen, an die sie gewisse Hoheitsrechte übertragen. In gemeinsamen Gremien fassen sie bindende Beschlüsse – dass das normalerweise im Streit geschieht, ist die Art und Weise, wie sie eine dem nationalen Ermessen entzogene Verbindlichkeit schaffen –, insbesondere zur Bewirtschaftung ihrer Länder als Teile eines ‚Binnenmarktes‘, eines einheitlichen Betätigungsfeldes für ihre ökonomisch herrschende Klasse. Sehr eng an deren Interessen orientiert, konstruieren sie ein politisches Gebilde, das mehr als nur ein bisschen europäischer Gesamtstaat ist; dabei planen sie nicht die Preisgabe ihrer nationalen Souveränität, wohl aber die Konsolidierung einer gesamteuropäischen Supra-Nationalökonomie und auf der Grundlage Fortschritte hin zu einem Auftritt als kollektive Supermacht in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik überhaupt. Deutschland betreibt auf diese Art die fortschreitende Indienstnahme des Kontinents fürs Wachstum des kapitalistischen Reichtums, der nicht nur, aber mit seinen konkurrenzstärksten Abteilungen und insofern ziemlich dominant am deutschen Standort zuhause ist, und für die Globalisierung der daraus resultierenden Finanzmacht; die deutschen Regierungen arbeiten seit jeher an der allmählichen Ausrichtung der Union auf das Grundbedürfnis der Republik, gegenüber allen neuen Großmächten und „auf Augenhöhe“ mit der Supermacht USA weltweit als maßgebliche Einflussgröße aufzutreten und wirken zu können. In dieses Bemühen um imperialistische Bedeutung fügt sich die deutsche Euro-Politik ein.

Dabei begnügen sich Deutschlands Weltwährungspolitiker keineswegs mit der Aufstellung von Teilnahmebedingungen für das Abenteuer eines neuen Geldes und der Hoffnung darauf, dass sie erfüllt werden und ihre Nicht-Erfüllung nicht weiter schadet. Im Interesse eines „harten“ Euro setzen sie durch, dass die Macht über die *Emission* dieses Geldes den nationalen Souveränen entzogen wird und auf die EZB übergeht. Die ist tatsächlich supranational konstruiert;<sup>2</sup> sie ist praktisch der funktionale Ersatz für die Geldhoheit eines noch gar nicht existierenden gesamteuropäischen Souveräns und soll sicherstellen, dass nur und genau das an gesetzlichen Zahlungsmitteln in Verkehr kommt, was die Bankenwelt für kapitalistisch erfolgreiche Kreditschöpfung braucht. Zugleich besteht der deutsche Partner darauf, dass sich die nationale Souveränität aus der *Verwendung* des gemeinsamen Kreditgelds überhaupt nicht herauskürzt, sondern in dieser Hinsicht die Rivalität der Mitgliedsstaaten voll erhalten bleibt: Alle Regierungen der Euro-Zone haben bei der Bewirtschaftung ihres Landes mit dem auszukommen, was sie aus ihrem Teil des Binnenmarkts an Steuern herausholen und was sie sich an Schulden leisten können. Bedingungen für die Inanspruchnahme von Euro-Kredit durch die Partner werden etabliert, die dessen Belastung durch unproduktiven staatlichen Gebrauch mindern, so zur Angleichung der finanziellen Verhältnisse der Euro-Staaten führen und damit die Stabilität des gemeinsamen Kreditgelds auch von Seiten der Benutzer her gewährleisten sollen.

Das Ergebnis entspricht nicht dem Ideal, sondern dem realen ökonomischen Kräfteverhältnis zwischen den Partnerländern. Den erfolgsverwöhnten Unternehmen aus der BRD, die sich schon große Teile des europäischen Binnenmarkts erobert haben, bietet das Einheitsgeld den Vorteil einer sicheren

---

2 Die nationalen Notenbanken bleiben bestehen, sind nach wie vor für Kredite an ihre nationalen Geschäftsbanken nach Maßgabe des hoheitlich definierten und privat geltend gemachten Geldbedarfs der Nation zuständig, handeln aber nach einheitlichen Regeln, die unter Leitung ihrer gemeinsamen Zentrale in Frankfurt festgelegt werden. Dieses Zentralbank-System ist per Statut auf Geldwertstabilität als allein maßgebliches Ziel seiner Geldschöpfungs- und Kreditvergabe-Politik festgelegt.

Kalkulationsgrundlage: Was sie in den Außenbezirken der Euro-Zone verdienen, ist dasselbe gute Geld wie das, mit dem sie ihren einheimischen Betrieb finanzieren. Mit Vorteilen für etwaige Konkurrenten aus dem Zielland ihrer Exporte aufgrund von Wertverlusten der dortigen Währung ist nicht mehr zu rechnen. Die Produktivität ihres Kapitals kommt im gesamten Währungsbereich direkt und uneingeschränkt zum Zug – und wird überdies ganz beträchtlich durch die Lohnsenkungspolitik gefördert, die Deutschlands rot-grüne Regierung unter dem Titel „Agenda 2010“ betreibt und den nachfolgenden Merkel-Regierungen vererbt. Banken und andere Finanzinvestoren aus Deutschland profitieren erst recht vom Einheitsgeld und von dessen segensreichen Wirkungen auf die nationale Exportwirtschaft: Bei Krediten an Schuldner im Euro-Ausland und für Geldanlagen dort entfällt das Währungsrisiko. Das erlaubt die Ausweitung des Finanzgeschäfts mit Kunden, die ihrerseits bei entsprechend sinkenden Zinsen mehr Kredit nachfragen. Das tun sie in nationalem Maßstab nicht zuletzt deswegen, weil Importe aus Deutschland zu finanzieren sind, die einheimische Geschäfte kaputt machen, also den Geldreichtum, der in den konkurrenzschwächeren Teilen des Euro-Raums zustande kommt, und damit deren selbstgeschaffene Zahlungsfähigkeit mindern; so gibt Deutschlands erfolgreiche Exportwirtschaft auch Deutschlands Finanzkapitalisten und den Banken anderer Nationen viel zu verdienen, die mit ihren Krediten die Zahlungsbilanz der Defizitländer ausgleichen.<sup>3</sup> So treibt die BRD mit der neuen Währung die Akkumulation des Kapitals in allen seinen Formen, nicht zuletzt in Gestalt eines im Hinblick auf ausgezeichnete Wachstumsaussichten geschöpften Kredits, enorm voran. Und das in ganz Europa; zwar zu Lasten schwächerer Konkurrenten, die ein geringeres und tendenziell immer weniger Wachstum generieren, aber dank der gemeinsamen Währung verlustfrei und fürs Erste ganz unabhängig von der kapitalistischen Leistungsfähigkeit der Partnerländer. So verdient Deutschland an der Euro-Zone, und auf der soliden Grundlage an der ganzen Welt. Die Größenordnung dieses Erfolgs wird mit der krisenhaften Entwertung des (über)akkumulierten Geldkapitals offenbar.

---

3 Wo dieser Ausgleich mal nicht ganz klappt, hilft das EZB-System aus: Der Netto-Transfer von Euros aus einem Euro-Land in ein anderes funktioniert – in Gestalt der seit einiger Zeit berühmt gewordenen Target-Salden – ganz geräuscharm in der Weise, dass eine nationale Notenbank Gelder, die für die Finanzierung von Importen, Zinsen oder anderen Rechnungen aus dem Euro-Ausland benötigt und nicht von ausländischen Kreditgebern verfügbar gemacht werden, auf dem üblichen Weg der Kreditvergabe an ihre Geschäftsbanken schöpft, damit die fälligen Überweisungen bewerkstelligt und sich diese Überweisungen als Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Gesamtsystem anschreiben lässt; die entsprechenden Überschüsse anderer Euro-Staaten werden deren Notenbanken in der EZB-Bilanz als Zahlungsforderungen ans Gesamtsystem gutgeschrieben. Forderungen und Verbindlichkeiten werden ganz regulär als Kredite – zum Satz für Ausleihungen der Notenbanken – verzinst, können darüber also quasi von selbst zunehmen, bleiben aber ansonsten ganz unschuldig in den Büchern der EZB stehen: sie müssen nicht ausgeglichen werden, weil sie tatsächlich nur als Ausnahmen von der Regel eines Zahlungsbilanzausgleichs durch private Geschäftstätigkeit gedacht sind.